

NPD-Anhänger bei privatem Streit getötet

Polizei: Bluttat von Stolberg hatte keine politischen Hintergründe. Kaum noch Chancen für NPD-Verbot.

STOLBERG/BERLIN. Bei einem Streit zwischen zwei Gruppen von Jugendlichen ist ein 19-Jähriger in Stolberg erstochen worden. Ein 18-jähriger Tatverdächtiger sitzt seit gestern in Untersuchungshaft. In Vernehmungen habe der 18-Jährige zugegeben, seinen Kontrahenten mit mehreren Messerstichen getötet zu haben. Das Motiv liege im „persönlich-privaten Bereich“, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Nach dem Tod des Jugendlichen am Freitag hatte die

rechtsextreme NPD eine Demonstration mit 100 Teilnehmern veranstaltet. Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort. Die rechte Partei hatte behauptet, bei dem Opfer handele es sich um einen NPD-Sympathisanten, der an einer Parteiveranstaltung teilgenommen habe und auf dem Heimweg gewesen sei.

Ein neuer Anlauf für ein Verbot der rechtsextremen NPD durch das Bundesverfassungsgericht wird immer unwahrscheinlicher.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) beurteilte die Erfolgchancen am Wochenende skeptisch. Nach einem „Spiegel“-Bericht kommen die SPD-Innenminister ebenso wie zuvor die meisten CDU-geführten Innenbehörden zu dem Ergebnis, dass die Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens zweifelhaft sind.

Die Materialsammlung aus den Innenministerien zu den extremistischen Bestrebungen der NPD

läuft nach Angaben des Bundesinnenministeriums aber weiter. Sie wird Mitte April dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestages vorgelegt. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2003 einen Verbotsantrag mit dem Hinweis auf den Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei zurückgewiesen. Für Schäuble und andere CDU-Innenminister ist es nicht zu verantworten, die V-Leute aus der NPD abziehen. (an/dpa)